

Barbara Winklbauer

Imbissstand

Schlagerstraße 7

2871 Zöbern

An das BM für Gesundheit,

an das BM für Finanzen

an die Präsidentin des Nationalrates

Novelle zur Änderung des Tabakgesetzes

Zöbern, 6.5.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Eigentümerin eines kleinen Imbissstandes in Zöbern muss ich mit Bestürzung und Erschrecken feststellen wie man mit immer neuen Verboten und Auflagen versucht mir meine Existenzgrundlage zu nehmen.

Obwohl in meinem Lokal auch Speisen angeboten werden, liegt mein Haupteinkommen (aufgrund des ziemlich gleichbleibenden Besucheraufkommens – ein kleiner Ort hat eben nicht mehr Einwohner) im Getränkebereich.

Der Großteil meiner Gäste möchte sich bei mir unterhalten, etwas trinken oder essen (dass dabei geraucht wird hat bisher noch niemanden gestört) und ihre Zigarette dazu rauchen.

Durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie wird nicht nur der überwiegende Teil meiner Gäste fernbleiben (weil diese sich dann privat zusammensetzen), sondern wird auch das Rauchen nicht eingeschränkt oder gar abgeschafft werden.

Mir und wahrscheinlich auch vielen anderen Klein- u. Kleinstbetrieben wird aber dadurch die Existenzgrundlage entzogen.

Natürlich könnte ich mein Lokal dann schließen und auf Staatskosten weiterleben. Ich denke, dass diese aber weder in Ihrem noch in meinem Interesse liegt.

Wenn ich dem Bescheid der PV Glauben schenken kann, habe ich noch 8,5 Jahre zu arbeiten. Diese Zeit würde ich gerne mit Arbeit in meinem kleinen Lokal und nicht in einer Wartschlagen auf dem Arbeitsmarktservice verbringen.

Des Weiteren sehe ich einen Gastronomiebetrieb nicht als öffentlichen Raum wie z.B. ein Behördenlokal, eine Krankenanstalt, ein Bahnhof oder Flughafen. Der Besuch eines Gastronomiebetriebes ist ein KANN, aber kein MUSS.

Deshalb sollte es jedem Gastronomen freigestellt sein wie er Rauchen und nichtRauchen in seinem Lokal handhabt.

Da ich bei jeder Wahl eine Einladung bekommen meine Stimme abzugeben, nehme ich an eine mündige Bürgerin zu sein. Wieso will man mir dann mit ständig neuen Verboten und Verordnungen diese Mündigkeit wieder nehmen.

Es würde mich freuen, wenn Sie zumindest versuchen würden sich in unsere Lage zu versetzen und unsere Anliegen, nicht so wie Herr Bundesminister für Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner (welcher beim Mittelstandskongress gerade die Klein- u. Mittelbetriebe als Stütze der österreichischen Wirtschaft besonders hervorgehoben hat) mit einer, für mich subjektiv gesehen, eher ablehnenden Handbewegung abzutun.

Mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und positive Erledigung unserer Anliegen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Barbara Winklbauer

Ich bin mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Parlamentsseite einverstanden